

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Mai 1957

123/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
betreffend die Bewirtschaftung von im Gebiet der tschechoslowakischen Republik
in Grenznähe gelegenen landwirtschaftlichen Gütern, die österreichischen
Staatsbürgern gehören.

-.-.-

Zahlreiche Landbesitzer, so auch in den Orten Wielands, Gmünd, Böhmzeil, Hohenberg und Reinpolz im Bezirk Gmünd sind Eigentümer von auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik an der österreichischen Grenze gelegenen Landstücken. Die freie Bewirtschaftung dieser Grundstücke ist den Eigentümern verwehrt, da die tschechoslowakische Regierung diese nicht duldet. Auch eine Ablöse dieser Gebiete in Geld ist nicht erfolgt. Im Gegensatze zu den Verhältnissen vor 1938 ist damit den betreffenden Grundeigentümern infolge der Unmöglichkeit jeder Nutzung großer Schaden entstanden.

Die Bewohner der oben besonders genannten Gemeinden haben schon im Jahre 1956 an die Bezirkshauptmannschaft Gmünd die Bitte um Intervention gerichtet. Im November 1956 haben die Genannten, da keinerlei Erledigung erfolgte, sich schriftlich an den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gewendet. Die für die Waldviertler Gemeinden erwähnten Umstände gelten selbstverständlich für das gesamte Grenzgebiet. Die Grenzgemeinden, die von diesen tschechoslowakischen Absperrmaßnahmen betroffen sind, verlangen immer wieder die Ermöglichung der Bewirtschaftung der im Grenzgebiete gelegenen Grundstücke.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister die

A n f r a g e !

Ist der Herr Bundesminister gewillt, dem Hause einen Bericht über den Stand der diesbezüglichen Verhandlungen zu erstatten?

-.-.-.-.-